Westfalen verpflichtet, in jedem nicht aussichtslos erscheinenden Fall einen freien Träger oder den Ambulanten Sozialen Dienst einzubinden, um die Verurteilten von den Vorzügen gemeinnütziger Arbeit zu überzeugen. Dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm für Sozialarbeit nach dem Gießkannenprinzip ist allerdings ein kompletter Reifall gewesen. Die Anzahl der Verurteilten, die auch nur einen Tag freie Arbeit abgeleistet haben, ist gesunken, während die Anzahl der zu vollstreckenden Tage der Ersatzfreiheitsstrafen zugenommen hat.

Viele Betroffene melden sich einfach nicht. Nicht einmal jeder Fünfte, dem die Vollstreckungsbehörden in den letzten Jahren freie Arbeit zur Tilgung der Geldstrafe angeboten haben, hat auf dieses Angebot überhaupt reagiert.

Wir können nicht mit immer denselben idealistischen Vorstellungen an der Realität vorbeifahren. Die Gründe beruhen auf der Lethargie, der mangelnden Zuverlässigkeit und dem mangelnden Durchhaltevermögen der Betroffenen. Die fehlende Mitwirkungsbereitschaft zieht sich durch das gesamte Strafverfahren. Vermittlungstermine werden nicht wahrgenommen. Manche wissen nicht einmal, dass sie verurteilt wurden, dass sie eine Strafe bezahlen müssen, geschweige denn, dass sie die Post lesen.

Strafhaft darf nur das letzte Mittel der staatlichen Reaktion sein. Der Minister der Justiz versucht gemeinsam mit dem Deutschen Richterbund seit Jahren – bis hin zur Bundesebene –, eine Möglichkeit zu schaffen, mit der die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen verhindert werden kann. Leider gab und gibt es dafür bisher keine konkreten Ansätze.

Daher müssen wir geeignete Betroffene bei der Haftvermeidung unterstützen. Wir müssen uns fragen: Wo gehen Informationen verloren, die Personen erreichen könnten, die für unser Angebot offen sind? Wie erreichen wir diese Personen früher? Um das Verfahren zu beschleunigen, hat die Fachabteilung des Ministeriums der Justiz das mit der Zahlungsanzeige versandte Merkblatt zur Geldvollstreckung überarbeitet und weiteres umfassendes Material in Fremdsprachen erstellt.

Wir wollen die Vollstreckung beschleunigen. Nachfragen zu Anträgen sollen möglichst bereits durch vollständige Angaben vermieden werden. Wenn wir die Gerichtshilfe einbinden, so soll dies nicht erst nach Monaten vergeblicher Vollstreckungsversuche, sondern bereits unmittelbar nach Rückständigkeit erfolgen. Die Vollstreckungsbehörden werden Fallmanagerinnen und Fallmanager beauftragen, dabei behilflich zu sein.

Selbstverständlich hat das Ministerium bei allen Maßnahmen auch die sozialen Aspekte im Blick. Die Tilgungsverordnung wurde im November 2021

geändert. Nicht der Staat kann jedoch die Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe vermeiden, sondern das müssen die Verurteilten selbst tun, indem sie Raten zahlen oder wenigstens gemeinnützig arbeiten. Arbeit für sie gibt es genug. Rechtstreue Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Gesetzesverletzungen sanktioniert und die Sanktionen gleichmäßig durchgesetzt werden.

Es kann nicht der Eindruck entstehen, der Ehrliche sei der Dumme. Wer sich um seine Angelegenheiten kümmert, Hilfsangebote annimmt und sich um die Tilgung seiner Geldstrafe selbst mit kleinsten Raten bemüht oder gemeinnützige Arbeit zu leisten bereit ist, verbüßt in Nordrhein-Westfalen keine Ersatzfreiheitsstrafe.

Die Landesregierung wird sich konstruktiv mit den Vorschlägen der Bundesregierung, der Ampelkoalition, auseinandersetzen und an der Debatte beteiligen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Holthoff-Pförtner. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schliesse die Aussprache

Wir stimmen ab. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16744. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16744 abgelehnt**.

Damit rufe ich auf:

5 Abschlussbericht der Enquetekommission „Einsamkeit“ (Enquetekommission IV)

Abschlussbericht
der Enquetekommission IV
gemäß § 61 Absatz 3 der GO
Drucksache 17/16750

zu dem Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8420

Ich erteile zuerst dem Vorsitzenden der Enquetekommission, Herrn Abgeordneten Dr. Martin Vincentz, das Wort zu einer mündlichen Berichterstattung. Bitte schön.

Dr. Martin Vincentz^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute das Ergebnis aus zwei Jahren Arbeit der Enquetekommission IV „Einsamkeit –

Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ vorstellen zu können, auch wenn man mit Blick auf die Ränge hier selber ein bisschen Einsamkeit verspüren könnte. Aber vielleicht ist es bei den Kollegen in der Kantine dann umso geselliger.

Es waren intensive, arbeits- und ereignisreiche Jahre, die wir in der Enquete miteinander verbracht haben.

Wer hätte im Vorfeld damit gerechnet, welche zusätzliche Aktualität das Thema „Einsamkeit“ durch die Coronapandemie, die maßgeblich in diese Zeit fiel, noch einmal zusätzlich erlangen sollte?

Der Umgang mit Einsamkeit und sozialer Isolation sowie den daraus resultierenden gesundheitlichen Folgen fand in den letzten Jahrzehnten in Gesellschaft, Politik, Forschung und Wissenschaft leider wenig, ja, zu wenig Beachtung – mit teilweise dramatischen Folgen für die einzelne Person, aber auch die Gesellschaft insgesamt, wenn man sich die Tragweite des Problems anschaut.

So sind wir bis heute das einzige deutsche Parlament, das sich dem Thema im Rahmen einer Enquetekommission angenommen hat. Die Kommission tagte in 19 Sitzungen, führte elf Anhörungen mit insgesamt 55 Sachverständigen durch und hörte aus den Reihen der eigenen Sachverständigen zusätzlich eine Reihe von Impulsvorträgen, um sich dem Thema weiter zu nähern. Außerdem entschieden wir uns, zwei, wie ich finde, sehr spannende Gutachten in Auftrag zu geben, die uns ferner bei der Arbeit halfen.

Das erste Gutachten verfasste Herr Dr. Tobias Ebert von der Universität Mannheim mit seinem Team in Zusammenarbeit mit dem DIW, vertreten durch Frau Dr. Theresa Entringer. Inhaltlich stellte es vor allem einen Überblick über die Prävalenz von Einsamkeit in Nordrhein-Westfalen dar und bot sowohl geografische Betrachtungen als auch einen Versuch, zentrale Prädiktoren und Folgen zu identifizieren.

Das zweite Gutachten, vorgelegt durch Herrn Dr. Schobin von der Universität Kassel und seinem Team, untersuchte hingegen intensiv das Thema „gesellschaftlicher Wandel und Einsamkeit“ sowie den aktuellen Stand der Politik gegen Vereinsamung. Es half somit, etwaige Trends in der Bevölkerung abzuschätzen sowie einige Beispiele des politischen Umgangs mit dem Thema zu bewerten und in die eigene Betrachtung mit einzubeziehen.

Daneben fanden weitere, teils sehr umfangreiche Literaturrecherchen zu den einzelnen aufgeworfenen Fragestellungen statt, die allesamt in die Textarbeit einfließen und am Ende dazu führen sollten, dass

über 20 % des Gesamttextes aus Fußnoten und Quellenangaben bestehen sollten.

Hierbei fiel allerdings früh auf, dass die Forschung in verschiedenen Bereichen trotz eines zunehmenden öffentlichen Interesses in den letzten Jahren und einer kleinen Bewegung auch im politischen Raum noch teils erhebliche Lücken in vielen Facetten aufweist.

Einsamkeitsforschung ist besonders in Deutschland noch ein verhältnismäßig junges Forschungsgebiet, was die Arbeit auf der einen Seite nicht unbedingt erleichterte. Aber auf der anderen Seite hatten wir durch unsere internen Sachverständigen erhebliche Teile der in Deutschland forschenden Kompetenz direkt mit an Bord, wodurch die Nachteile wieder ausgeglichen werden konnten.

Das unterstreicht auch noch einmal, mit welchem hochwertigen Know-how das Thema in der Enquete bearbeitet wurde.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis ist ein hochaktueller Überblick über den Sachstand der Einsamkeit in Nordrhein-Westfalen, der sicherlich zu keinem passenderen Zeitpunkt hätte kommen können. Schließlich haben wir es mit einem tiefgreifenden Problem zu tun, das NRW in den nächsten Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellen wird, bei dem aber Nordrhein-Westfalen gleichzeitig die Chance hat, als Leuchtturm in der Bekämpfung der Einsamkeit zu strahlen, wenn nun die richtigen Schlüsse gezogen und Weichen gestellt werden.

Umso erfreulicher ist in diesem Zusammenhang – als Vorsitzender freut mich das besonders –, dass es weitestgehend gelungen ist, einen überfraktionellen Kompromiss und Konsens herzustellen, was sowohl den Text als auch die Handlungsempfehlungen an den Landtag betrifft. Am Ende sind nur sehr wenige Sondervoten einzelner Fraktionen eingegangen.

Dafür will ich mich hier ausdrücklich und sehr herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen, die in der Enquetekommission gearbeitet haben, bedanken – insbesondere auch, weil aufgrund der ausgefallenen Pressekonferenz dafür keine Möglichkeit mehr bestand.

Ich denke, dass alle Beteiligten zu Recht stolz darauf sein können, Ihnen das Ergebnis hier im Parlament präsentieren zu können. Der Bericht umfasst insgesamt 261 Seiten – die Literaturhinweise herausgerechnet – und 65 Handlungsempfehlungen, die sich unter anderem an die Kommunen, das Land, die Bundesebene sowie Unternehmen, Verbände und Kammern richten.

Es ist ein bunter Blumenstrauß an Potenzialen, die in den nächsten Jahren gehoben werden können,

um den immerhin 2,7 Millionen Menschen in NRW zu helfen, die sich einsam fühlen – wobei die meisten Menschen freilich vorübergehende Einsamkeitsgefühle irgendwann in ihrem Leben empfinden. Allerdings gibt es auch diejenigen – und das ist eine nicht unerhebliche Gruppe –, die in eine negative Spirale geraten, deren Folge am Ende die chronische Einsamkeit ist – mit gravierenden negativen Konsequenzen für Gesundheit und Lebenserwartung und in der Größenordnung eben auch für die Gesellschaft.

Die Enquetekommission beschäftigte daher unter anderem, welche Risikogruppen in Nordrhein-Westfalen besonders von Einsamkeit und sozialer Isolation betroffen sind. Dabei stach hervor, dass eben nicht nur die Seniorinnen und Senioren betroffen waren, wie man plakativ annehmen könnte, weil man dieses Bild vielleicht im Kopf hat.

Es waren vielmehr Menschen aller Altersgruppen – nur mit gewissen Prävalenz-Peaks. Individuelle Charakteristika wie allgemeine Resilienz spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Erwerbs- und Wohnsituation oder die sozioökonomischen Ressourcen einer Person, was erste mögliche Risiken, aber auch daraus resultierende Lösungswege identifizieren ließ.

Ebenso spannend waren die geografischen, regionalen Unterschiede im Vorkommen der Einsamkeit. Denn nicht alle Regionen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sind gleichermaßen von Einsamkeit betroffen. Bezeichnend ist etwa, dass der kontaktfreudige Karnevalist im Rheinland insgesamt weniger einsam zu sein scheint als sein westfälischer Nachbar.

Die regionale Verteilung von Einsamkeit ließ sich allerdings nicht auf eine reine Stadt-Land-Unterscheidung schieben. Es gibt überdurchschnittliche Einsamkeit sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen. Man kann also unter Leuten genauso einsam sein wie für sich alleine im Wald.

Wichtiger scheinen eher die Eigenschaften und die Umstände der Person, zum Beispiel sozioökonomischer Status, Migrationsstatus, Alter, Gesundheit sowie Anzahl von Besuchen von Freunden und Familie. So zeigt sich beispielsweise, dass erwerbstätige Personen seltener von Einsamkeit betroffen sind als nicht erwerbstätige Personen. Dabei spielt es übrigens keine Rolle, ob die Erwerbstätigkeit selbst mit hohem Sozialkontakt verknüpft ist.

Somit stellt Arbeit einen Schutzfaktor gegenüber Einsamkeit dar. Vertiefte Analysen zeigen, dass dieser positive Effekt des Berufslebens umso stärker ausfällt, je zufriedensteher die berufliche Tätigkeit ist. Dabei spielt übrigens das Einkommen eher eine untergeordnete Rolle, da auch Personen, die

sich nur ehrenamtlich, also entgeltfrei, engagieren, deutlich weniger einsam sind.

Vergleicht man noch die unterschiedlichen Lebensformen hinsichtlich ihrer Einsamkeitsprävalenz, so zeigt sich für Nordrhein-Westfalen, dass Personen, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin in einem Haushalt leben, doppelt so häufig von Einsamkeit betroffen sind wie Personen, die als Paar in einem Haushalt zusammenleben.

Spannenderweise kann aber auch der ältere Single absolut zufrieden sein, während eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen in Nordrhein-Westfalen in einer Ehe sind und sich dennoch einsam fühlen – nur eben in niedrigerer Prävalenz.

Beziehungen von guter Qualität sind also ein weiterer Schutzfaktor. Das leuchtet ein. Allerdings unterstreicht es noch einmal, dass menschlicher Kontakt alleine auch nicht ausreicht. So wurde beispielsweise innerhalb der Gruppe der Erwachsenen ohne Partnerin oder Partner bei Alleinerziehenden eine besonders hohe Einsamkeitsprävalenz identifiziert. Kinder zu haben, schützt offensichtlich nicht alleine vor Einsamkeit.

Einsamkeit – das wurde in der Arbeit der Enquete schnell klar; die vielen Beispiele, die ich Ihnen hier geliefert habe, sollen das unterstreichen – kann die Folge einer Vielzahl von Faktoren sein. Daher werden sich die Lösungen für verschiedene Gruppen und Personenkreise, die von Einsamkeit betroffen sind, immer unterscheiden müssen. Eine Einheitslösung für alle – so dankbar es wäre – wird nicht funktionieren.

Für die Arbeit der Enquetekommission war es daher ein immenser Gewinn, dass jede Fraktion nicht nur ihre eigenen Schwerpunkte, sondern auch Blickwinkel auf die Menschen und die Gesellschaft mit einbrachte. Das erkennt man nicht zuletzt an den zahlreichen Themenkomplexen, die am Ende angeschnitten und in den über 65 Handlungsempfehlungen berührt wurden.

Die Handlungsempfehlungen sind aus unserer Sicht ein guter, praxisnaher Handlungsleitfaden, wie das Thema „Einsamkeit“ in Nordrhein-Westfalen weiterhin in diesem Haus, aber auch an vielen weiteren Stellen bearbeitet werden kann.

Es wurden weitreichende politische Sensibilisierungs-, Präventions- und Handlungsmöglichkeiten entwickelt. So empfiehlt die Enquetekommission unter anderem die Einrichtung einer Onlineplattform „NRW gegen Einsamkeit“ und die Gründung eines Aktionsbündnisses, um beispielsweise Verbände, Unternehmen sowie Ärztinnen und Ärzte, aber auch Betroffene besser zu vernetzen.

Zudem schlägt die Kommission einen jährlichen landesweiten Tag – bzw. alternativ eine Woche – der

Einsamkeitsprävention vor, um weitere Awareness zu schaffen.

Genauso könnte eine Bundes- und Landestrategie zu gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie gegen Einsamkeit und soziale Isolation initiiert werden, die von einer Präventionskampagne flankiert werden kann.

Außerdem schlagen wir vor, die Grundlagenforschung sowie die anwendungsorientierte und interdisziplinäre Forschung voranzutreiben. Denn es zeigt sich, dass es einer besseren Datenlage zum Thema „Einsamkeit in Deutschland“ bedarf. Besonders zu Einsamkeit in der Kindheit, in der Jugend und im jungen Erwachsenenalter gibt es einfach noch zu wenig Material, um überhaupt fundiert darüber reden zu können.

Auch ist bisher wenig bis gar nichts über die Wirkung von politischen oder zivilgesellschaftlichen Maßnahmen und Kampagnen gegen Einsamkeit in Deutschland bekannt.

Die Enquetekommission möchte mit ihren Handlungsempfehlungen Erkennung und Betreuung von von Einsamkeit Betroffenen verbessern und mehr Erziehungs- und Betreuungspersonal sensibilisieren.

Darüber hinaus haben die Mitglieder der Kommission die Themen „Förderung gesellschaftlicher Teilhabe sowie bürgerschaftlichen Engagements“, „Verbesserung der Situation in der Care-Arbeit“, „Förderung von Teilhabe im Quartier“ und „Auswirkungen der Städteplanung bzw. Infrastruktur auf Einsamkeit und soziale Isolation“ intensiv diskutiert und Empfehlungen hierzu ausgesprochen.

Ich wünsche mir, dass das Parlament und die Landesregierung – wer auch immer das in Kürze sein wird – sich intensiv mit den Handlungsempfehlungen befassen und hieraus entsprechende Initiativen entwickeln werden.

Das wäre nicht nur eine große Hilfe für die vielen Betroffenen, sondern auch ein gutes Stück Wertschätzung für die umfangreiche Arbeit der vielen, die an diesem Bericht mitgearbeitet und zum Gelingen beigetragen haben.

Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle bei all denen bedanken, die zum Gelingen beigetragen haben.

Als Erstes möchte ich den Sachverständigen und Gutachterinnen und Gutachtern danken, die uns mit ihrer Expertise sehr geholfen und unsere Arbeit bereichert haben.

Ein großer Dank gilt auch den Referenten und Referenten der Fraktionen, denen in den Enquetekommissionen ein nicht unerheblicher Teil der Arbeit aufgetragen wird.

Sehr herzlich möchte ich mich auch beim Sitzungsdokumentarischen Dienst für die geleistete, stets verlässliche Arbeit bedanken.

Genauso geht ein großer Dank an die Landtagsverwaltung, namentlich Frau Meyer, Frau Rautenbach und Herrn van Eckert, mit ihrem Team. Sie haben das Ganze großartig begleitet und uns jederzeit kompetent unterstützt und beraten.

Ganz wichtig für die Arbeit in der Kommission war aber auch die Mitarbeit der sachverständigen Mitglieder der Kommission. Hier sind zu nennen: Frau Professorin Dr. Luhmann, Herr Dr. Wilhelm, Frau Dr. Bücken, Herr Hax-Schoppenhorst und Herr Professor Dr. Torsten Böling. Sie alle haben viel Zeit investiert und im besten Sinne Politik mit ihrer Kompetenz in den vergangenen zweieinhalb Jahre beraten und begleitet.

Zum Schluss gilt mein herzlicher Dank natürlich allen parlamentarischen Mitgliedern der Enquetekommission. Für mich war es eine sehr spannende und erkenntnisreiche Zeit. Mir hat es Spaß gemacht, mit Ihnen zusammen zu arbeiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Damit eröffne ich die Aussprache. Als erster Rednerin erteile ich für die Fraktion der CDU der Abgeordneten Frau Oellers das Wort.

Britta Oellers^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Und vor allem: Liebe Sachverständige, Professorinnen und Professoren, sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und des Kommissionssekretariats! Im Namen meiner Fraktion gilt Ihnen unser großer Dank für Ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Besonders bedanken möchte ich mich bei unserer Sachverständigen Frau Professor Dr. Maike Luhmann. Ebenfalls bedanke ich mich stellvertretend für die Landtagsverwaltung bei Frau Meyer und ihrem Team.

Wir alle sind nach 19 lehrreichen Ausschusssitzungen geneigt, zu sagen: Es ist geschafft. – Dabei haben wir gerade erst den Grundstein zu diesem Thema gelegt, welches politisch und gesellschaftlich bislang eher Randnotiz und unerforscht war. Die eigentliche Arbeit fängt jetzt erst richtig an.

Zwei Jahre lang haben wir uns mit dem Schlüsselthema der Einsamkeit und sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen befasst. Trotz aller Unterschiede in der politischen und der noch größtenteils unerforschten fachlichen Sichtweise war es unser gemeinsamer Nenner in der Enquetekommission,

mehr Gutes für die vielen sich einsam fühlenden Menschen und von Einsamkeit bedrohten Menschen in Nordrhein-Westfalen zu tun.

Festgestellt haben wir insbesondere: Einsamkeit betrifft alle Generationen in allen Lebenslagen. Das möchte ich heute hier noch einmal besonders betonen, weil man ja doch immer nur eine Altersgruppe im Blick hat.

Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation ist fest im Regierungshandeln zu verankern und kontinuierlich zu bearbeiten. Es ist eine Stelle einzurichten, die dies zentral koordiniert.

Das beste Mittel gegen Einsamkeit ist eine starke Gesellschaft, die ihre Menschen trägt. Als Politik sind wir auf die Mithilfe der vielen in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen angewiesen. Ohne Menschen, die sich kümmern, geht es einfach nicht. Helfen kann jeder. Ein kurzer Plausch mit der Nachbarin oder den Nachbarn, ein „Wie geht's?“, ist oftmals schon der erste Türöffner, um soziale Isolation zu lindern. Das ist der Weg, um nicht in städtisch geprägter Anonymität unterzugehen.

Zum Wohle des Quartiers, der Stadt oder des Dorfs engagieren sich viele Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler. Ihnen allen sage ich herzlichen Dank für ihre wichtige Arbeit.

Der eine oder andere wird jetzt vielleicht denken: Wie kann man heutzutage einsam sein? Mit dem Internet und den sozialen Medien war es doch noch nie so einfach wie jetzt, Kontakt aufzunehmen und zu halten. – Dies ist leider ein Fehlschluss. Ja, mittels des virtuellen Austausches kann man am Leben weit entfernt wohnender Freunde oder Enkelkinder teilhaben. Aber den persönlichen Kontakt ersetzt dies nicht. Ohne die Arbeit vor Ort wird die Bekämpfung von sozialer Isolation und Einsamkeit nicht funktionieren.

Besonders gefreut hat mich während der Arbeit in der Enquetekommission hier in NRW, dass eine breite Öffentlichkeit stets interessiert auf die Ergebnisse gewartet hat und die Veröffentlichung des Abschlussberichtes kaum abwarten konnte. Diese Wartezeit ist mit dem heutigen Tag beendet. Das Interesse war nicht nur lokal auf unser Bundesland beschränkt. Wir konnten auch das Thema enttabuisieren und auf die politische Agenda der anderen Bundesländer und des Bundes insgesamt setzen. Gespannt blicken wir nun auf den Einsamkeitsgipfel der Bundesländer, der bestimmt durch unsere Vorarbeit eine gute Grundlage erhält.

Wir alle haben jetzt ein großes Aufgabenfeld vor uns, welches es anzupacken gilt, und sind dabei stets der Leitlinie gefolgt: Lassen Sie uns auf den Menschen hören.

Machen wir uns auf den Weg. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Oellers. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Herr Neumann.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einsamkeit und soziale Isolation sind gesellschaftlich sehr bedeutende Themen, die wir dringend angehen müssen. Deshalb war es richtig und wichtig, dass diese Enquetekommission in Nordrhein-Westfalen eingerichtet wurde.

Die Arbeit der Enquetekommission über einen längeren Zeitraum war von hoher Kollegialität und Wertschätzung geprägt. Wie immer im parlamentarischen Betrieb gab es natürlich unterschiedliche Auffassungen. Beispielhaft nenne ich hier die Bedeutung des Themas „Armut“, die Bedeutung der Bildungsgerechtigkeit und die Bedeutung der gesamtgesellschaftlichen Teilhabe.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen sowie Referentinnen und Referenten bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir bei allen diesen Herausforderungen gemeinsam viele Handlungsempfehlungen verabschieden konnten und heute einen Bericht zu einem wichtigen Thema veröffentlichen können, der sicherlich weit über unsere Grenzen wahrgenommen wird.

Ein besonderer Dank geht an die Landtagsverwaltung – namentlich sind Linda Meyer und René van Eckert zu nennen – sowie alle unsere Sachverständigen; ich erwähne hier insbesondere unsere Sachverständige Frau Dr. Susanne Bücken, die sich mit sehr viel Engagement und Expertise in unsere Enquetearbeit eingebracht hat.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei allen unseren Referentinnen und Referenten, hier insbesondere bei den Referentinnen und Referenten, die mich begleitet haben, Andrea Pretis, Leonard Wesel und Anna-Lena Wilde-Krell.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Einsamkeit ist nicht nur ein gesellschaftliches Thema, sondern eine Querschnittsaufgabe und ein Querschnittsthema, das viele Bereiche unserer Gesellschaft betrifft. Arbeitsmarkt, Armut und Bildung sind zentrale Punkte.

Wie wichtig strukturelle Faktoren und Veränderungen sind, zeigten auch die beiden von der Enquetekommission eingesetzten und beauftragten Gutachten. Es gibt einen sehr starken Zusammenhang von Einsamkeit mit Einkommen, Bildung und Integration. Menschen mit niedrigem Einkommen haben in

Nordrhein-Westfalen ein 3,5-mal so hohes Einsamkeitsrisiko wie Menschen in den höchsten Einkommensklassen. Das Einsamkeitsrisiko von Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen oder ohne Abschluss ist doppelt so hoch wie bei Menschen mit akademischen Abschlüssen. Migrantinnen und Migranten, die selbst immigriert sind, haben ein doppelt so hohes Einsamkeitsrisiko wie Menschen ohne Migrationserfahrung.

Aber auch andere Bevölkerungsgruppen sind vulnerabel für Einsamkeit. Dazu zählen zum Beispiel Alleinerziehende, hochaltrige Menschen, Menschen mit Behinderung und pflegende Angehörige, die jahrelang und/oder schwere Pflegetätigkeit leisten müssen. In der Coronapandemie betraf Einsamkeit besonders oft junge Menschen, Frauen und Migrantinnen.

Wir dürfen bei Einsamkeit und sozialer Isolation nicht wegsehen und müssen jetzt strukturelle Veränderungen in vielen Bereichen einleiten. Armut, Bildung, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Integration und Inklusion möchte ich hier stellvertretend nennen. Wir brauchen schlichtweg mehr gesellschaftliche Teilhabe für alle und mehr sozialen Zusammenhalt.

Der rote Faden der SPD-Fraktion in dieser Enquete war es, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, vulnerable Gruppen zu schützen und Einsamkeitsrisiken zu reduzieren. Dazu muss unter anderem das Bundesteilhabegesetz konsequent umgesetzt werden. Bestehende Angebote gegen Einsamkeit müssen besser vernetzt und sichtbarer werden. Es braucht mehr Unterstützung für Alleinerziehende, den Ausbau der Schulsozialarbeit sowie die Stärkung von Familienzentren.

In den Anhörungen zeigte sich, dass wir schon lange wissen, was wir brauchen. Wichtig ist aber, dass wir es umsetzen. Hier seien Ansätze wie das Projekt „Gemeindegewerkschaft Plus“ oder der Aufbau sozialpsychiatrischer Zentren genannt. Auch Orte in der Nachbarschaft wie Bolzplätze, Mehrzweckhallen und Stadtteilbibliotheken sind wichtige Treffpunkte für Menschen. Sie müssen unbedingt auch barrierefrei sein. Nicht zuletzt müssen wir mehr Prävention und Sensibilisierung betreiben. Einsamkeit und soziale Isolation dürfen keine Tabuthemen sein, sondern müssen eine Querschnittsaufgabe einer jeden neuen Regierung werden.

Bei einigen Fragen konnten wir uns nicht einigen. Deshalb gibt es beispielsweise zu der personenzentrierten Pflege oder der sozialräumlich orientierten Wohlfahrtspflege Sondervoten der SPD und der Grünen. Dennoch ist es uns an den meisten Stellen nach langen Diskussionen auch gelungen, mehrheitliche Handlungsempfehlungen zu verabschieden.

Jetzt gilt es, neue Ansätze zu wählen und diese zügig umzusetzen, um Menschen schnell zu helfen, Einsamkeitsrisiken gezielt zu minimieren und soziale Teilhabe für alle Menschen in unserem Lande zu ermöglichen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Neumann. – Für die FDP spricht die Kollegin Frau Cormann.

Claudia Cormann^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal einen herzlichen Dank an alle, die mit uns zusammengearbeitet haben! Wir haben ihre Namen hier schon gehört. Ich bin nachgerückt und erst seit einem Jahr dabei. Aber vielen Dank an die Kollegen und Kolleginnen im Ausschuss! Ich habe es als eine angenehme, faire Zusammenarbeit über alle Fraktionen hinweg empfunden, die wirklich immer zielführend war.

Es ist gut und wichtig, dass wir heute im Plenum über die Ergebnisse der Enquete „Einsamkeit“ sprechen. Denn eines wissen wir jetzt durch zwei Gutachten und viele Expertenanhörungen: Einsamkeit kann jeden von uns zu jeder Zeit und in jedem Alter treffen. Unerwartet sterben Lebenspartner. Es gibt Scheidungen. Kinder gehen aus dem Haus. Plötzlich müssen wir Angehörige pflegen und können deshalb das Haus selbst nicht mehr verlassen. Durch Arbeitsplatzwechsel verlieren wir den Kontakt zu lieben Freunden oder Nachbarn. Studierende fühlen sich in fremden Städten einsam. Migranten, Alleinerziehende und Menschen mit sehr niedrigem Einkommen sind besonders betroffen. Plötzlich ist man allein, oder man fühlt sich so.

Krank machende Einsamkeit und soziale Isolation ist ein ernst zu nehmendes gesamtgesellschaftliches Problem. In Deutschland sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen heute bereits mehr als 12 Millionen Menschen chronisch einsam. Die Dunkelziffer ist enorm hoch. Die Schäden durch die Einsamkeit in der Pandemie sind noch gar nicht absehbar, besonders für unsere Sozial- und Gesundheitssysteme. Wissenschaftler sprechen teils schon von der neuen Epidemie der Industriestaaten.

Ähnlich, wie es lange Zeit bei Depressionen der Fall war, ist Einsamkeit ein Tabuthema. Das gilt für die Betroffenen selbst, aber auch für die Gesellschaft. In Politik und Wissenschaft wird ebenfalls noch viel zu wenig darüber gesprochen. Gut, dass wir in Nordrhein-Westfalen und hier im Parlament endlich darüber reden!

Ich selbst habe mich beruflich schon vor der Arbeit in der Enquete um das Thema „Einsamkeit“ geküm-

mert, seitdem in Großbritannien 2018 ein Einsamkeitsministerium geschaffen wurde. Das fand ich total überraschend und spannend. Auch Japan hat das Thema auf die politische Agenda gesetzt. Die Niederlande und Australien reagieren mit Maßnahmen.

Zahlreiche Ortstermine haben mir auch in meinem Wahlkreis in Aachen wieder unmissverständlich vor Augen geführt, dass die Zahl der Menschen, die sich so einsam fühlen, dass sie krank werden, immer größer wird.

Forschungsgutachten zeigen, dass sich rund 14,6 % der 18- bis 35-Jährigen krank machend einsam fühlen. In der Gruppe der über 65-Jährigen sind es sogar 15,5 %. Die 36- bis 50-Jährigen stellen mit über 16 % überraschenderweise die größte Gruppe. Es sind also bei Weitem nicht nur die Alten.

Die Ergebnisse der Enquetekommission können für die von Einsamkeit Betroffenen von großer Bedeutung sein. Ich will hier einige Maßnahmen nennen, die uns als FDP-Fraktion besonders wichtig sind.

Erstens. Weg mit dem Tabu – reden wir darüber. Machen wir eine landesweite Kampagne „Gemeinsam gegen Einsamkeit“ zur öffentlichen Aufklärung und Sensibilisierung. Das hat in den Niederlanden schon super funktioniert.

Zweitens. Bereitstellung einer Onlineplattform „NRW gegen Einsamkeit“; wir haben es schon gehört. Die Onlineplattform soll allen beteiligten Gruppen wie Ärzten, Lehrerinnen und Lehrern, Unidozenten, Vereinen und Ehrenamtlern, aber auch den Betroffenen selbst als Informationsplattform dienen: Wie erkenne ich Einsamkeit? Wo finde ich Hilfe? Was kann ich tun, um zu helfen?

Drittens. Beim Thema „Bauen und Wohnen“ müssen wir neue Lebensformen erforschen und unterstützen. Das muss vor allen Dingen auch an den Universitäten und FHs implementiert werden.

Viertens. Besonders am Herzen liegt uns die Einführung eines oder einer ressortübergreifenden Einsamkeitsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen, ähnlich wie die Landestierschutzbeauftragte oder die Opferschutzbeauftragte in ihren jeweiligen Bereichen. Eine Einsamkeitsbeauftragte oder ein Einsamkeitsbeauftragter ist aus unserer Sicht dringend nötig, um bereits vorhandene Strukturen auszubauen und den Kontakt zu Universitäten zur weiteren Erforschung herzustellen. Wir wollen die Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation auch fest im Regierungshandeln verankern, Maßnahmen in allen Ressorts installieren und sie dann optimieren.

Es gilt jetzt, dafür zu sorgen, dass die Handlungsempfehlungen in der nächsten Legislatur auch umgesetzt werden, wer auch immer von uns dann noch

hier ist. Ich bin enorm stolz darauf, dass wir durch die Initiative der FDP in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland ein Budget zur Bekämpfung der Einsamkeit im Haushalt verankert haben. Wenn es auch klein ist: Nutzen wir es gut. Von hier aus weiter! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Cormann. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Cormann hat am Ende ihrer Rede den sehr schönen Satz „Von hier aus weiter!“ gesagt. Denn es ist zwar ein Abschlussbericht; aber es geht bei diesem Thema um den Aufbruch nach vorne.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir miteinander Pionierarbeit geleistet haben. Es gab noch nie an irgendeiner Stelle in einem Bundesland oder auf Bundesebene eine solche fachkundige Arbeit.

Der Vorteil von Enquetekommissionen ist, dass man sich herausgehoben aus den Debatten des Alltags und auch aus den gelegentlichen Schlachten, die wir im Parlament miteinander schlagen, in eine fachliche Arbeit zurückzieht. Man lädt dafür Expertinnen und Experten von außen ein. Das haben wir in 19 Sitzungen vielfältig gemacht, wie Herr Dr. Vincentz schon gesagt hat. Viele wirkliche Koryphäen aus der Wissenschaft standen uns dabei beratend zur Seite.

Von meiner Seite geht auch ein herzlicher Dank an alle – es sind vor allem Damen, aber auch einige Herren –, die uns in den Wochen dort so unglaublich unterstützt haben. Die Referentinnen und Referenten haben ebenfalls einen ganz wichtigen Beitrag zu der Arbeit geleistet, indem sie die Vorarbeit und die Abstimmung von Texten übernommen haben. So ist auch der Abschlussbericht, der jetzt auf 250 Seiten vorliegt, zustande gekommen.

Mit Blick nach vorne – wir haben im Mai Landtagswahl – können wir, die Obleute in diesem Bereich, uns nur wünschen, dass unabhängig davon, wie die Wahl ausgeht und wer dann eine Regierung bildet, diese Impulse wirklich aufgenommen werden. Das kann man durch die verschiedenen Arbeitsbereiche durchdeklinieren.

Ein sehr wichtiger Bereich ist sicherlich der Bereich Schule. Es gibt einen sehr schönen Satz von Eckard von Hirschhausen. Es gab mal vor einigen Monaten im WDR – Hirschhausen hat ja so eine Medizinsendung dort montagsabends – eine Sendung zum Thema „psychische Gesundheit“. Und da sagte er

den Satz, einen ganz einfachen Satz, der ist mir sehr in Erinnerung geblieben. Er sagte:

Wenn wir nach 13 Jahren aus der Schule kommen – ob nach zehn oder 13 Jahren –, dann können wir wirklich die kompliziertesten chemischen Formeln, physikalischen Zusammenhänge, biologischen Abläufe etc. erklären. Aber was wir machen, wenn es uns seelisch nicht gutgeht, wie man sich helfen kann – Stichwort Sportunterricht, dort läuft auch viel, dass man verschiedene Disziplinen lernt, dass man lernt, wie man sich sportlich fithalten kann, auch in Teams, mit Mannschaften etc. –, der Bereich „psychische Gesundheit“ wird in der Schule unzureichend oder eher gar nicht thematisiert.

Deswegen gilt mit Sicherheit für eine künftige Landesregierung, für ein künftiges Schul- und Bildungsministerium, dieses Thema in den Schulunterricht zu implementieren, ob, wie auch immer, im Gemeinschaftsunterricht, SoWi etc. Man kann es sicherlich auch im Religionsunterricht thematisieren. Das ist uns Obleuten ein ganz wichtiges Anliegen. Ich hoffe, egal wer da miteinander verhandelt, dass man das aufnimmt, das Thema „Depressionsprävention“, „Achtsamkeit“, „psychische Gesundheit“ etc. in den Unterricht hineinzunehmen.

Den zweiten Bereich hat Frau Cormann eben angesprochen, den Bereich Bauen und Wohnen. Da haben wir festgestellt, das ist ein wirklich elementarer Bereich. Ich glaube, Leute, die das erste Mal mit dem Thema zu tun haben, sagen: Bauen und Wohnen, hm?

Ich kann es an einem konkreten Beispiel aus meinem Stadtteil sagen. Ich lebe in der Nähe in Köln-Nippes. Da ist ein großes ehemaliges Industriegebiet jetzt zu einem Wohnbezirk, Clubgelände, umgewandelt werden, 1.000 Wohneinheiten. Man hat es glücklicherweise so gemacht, dass man eine Fläche, die auch schon bei diesem Industriegebiet da war, offen gelassen hat für eine Begegnungsfläche mit einem großen Abenteuerspielplatz.

An einem Tag wie heute sind dort Hunderte von Menschen, Jung und Alt, die da sitzen, Kinder, die spielen, Kinder, die sich untereinander kennenlernen, Menschen aus dem neuen Stadtquartier, die da miteinander werkeln, es gibt da Reparaturwerkstätten etc.

Das ist wirklich ein ganz wichtiger Impuls, auch für eine neue Landesregierung, für Quartiersentwicklung. Einsamkeitsprävention heißt wirklich, eine andere Form von Stadtplanung zu machen. Das haben wir in unserer Arbeit miteinander festgestellt. Danke, Frau Cormann, dass Sie das an der Stelle auch angesprochen haben.

Zum Abschluss noch für alle, die sich mit dem Thema vorher schon beschäftigt haben: Es gibt da

Beispiele aus Großbritannien. Es gibt in Bhutan das sogenannte Ministerium für Glück. Da würde man vielleicht erst einmal sagen, das klingt irgendwie bekloppt, ist obsolet oder wie auch immer. Aber wenn man es runterbricht: Was heißt das eigentlich im Bereich von Gesundheitsprävention, von Wohlbefinden, auch von Einsatzfähigkeit im Beruf? Menschen, die mit Depressionen über Monate ausfallen, sind auch nicht arbeitsfähig. Was bedeutet das für Familien, für gesunde Familienstrukturen, für das Aufwachsen von Kindern?

Ich will jetzt hier an der Stelle kein Ministerium für Glück fordern. Aber das, was wir gemeinsam jetzt festgestellt haben, ist, dass es gut wäre, einen Landesbeauftragten zu haben. Ich habe es selber erlebt in meiner queeren Arbeit in den Neunzigerjahren. Da war auch immer der Ansatz, dass es dann hieß, ach, um Schwule und Lesben, da kümmern sich auch Familienministerium und Arbeitsministerium, wie auch immer. Wir haben damals gesagt: Es braucht eine Stelle, wo das zusammenläuft. Deswegen ist es gut, dass es seitdem ein Referat für gleichgeschlechtliche Lebensformen in der Verwaltung gibt, die das sozusagen bündelt. Natürlich muss das in allen Ministerien mitgedacht werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Arndt Klocke (GRÜNE) Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. Das ist auch wirklich der letzte Punkt.

Unser Wunsch an künftige Koalitionäre ist, diesen Impuls aufzunehmen und in einer neuen Landesregierung so etwas wie einen Beauftragten, eine Fachstelle, ein Referat für Einsamkeitsprävention aufzunehmen, damit diese 55 Handlungsmaßnahmen gut miteinander umgesetzt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Stefan Lenzen [FDP] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. –Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem ich eingangs so ausführlich ausführen durfte, nur noch einige wenige Aspekte vielleicht von meiner Stelle, die ich besonders interessant fand in der Arbeit und die ich noch nicht in dem allgemeinen Bericht hervorgehoben habe.

Zunächst, Herr Klocke, sollten Sie in der nächsten Landesregierung ein Ministerium für Glück ein-

richten, ich bewerbe mich als erster Staatssekretär des Glücks. – Das ist nicht denkbar, als AfDler, aber gut.

(Beifall von der AfD)

Eine Sache: Die Enthaltung, die Sie bei der Einrichtung alle zusammen uns entgegengebracht haben, womit dann einstimmig durch unsere Ja-Stimmen die Enquete auf den Weg gebracht wurde: Ich habe insgesamt die Tendenz einer zurückhaltenden Zustimmung zu einem AfD-Antrag gehört. Aber das mag vielleicht auch nur an meinem Ohr liegen.

Ja, es hat sich insgesamt noch einmal ganz deutlich gezeigt, auch in der Arbeit, dass der Mensch doch bei allen cineastischen Darbietungen von einsamen Wölfen ein soziales Wesen ist, weil wir einfach die meiste Zeit in unserer Entwicklung in Kleingruppen zusammengelebt haben. Das hat sich offensichtlich sehr eng in uns eingewoben. Das zeigt dann in verschiedensten Aspekten des Lebens, worauf wir vielleicht in unserer heutigen Art und Weise des Zusammenlebens ein bisschen mehr achten müssen.

Ein sehr erheblicher Teil der Betrachtungsweise, der dazugekommen ist, ist sicherlich während der Coronapandemie entstanden. Es wird Sie nicht wundern, dass ich das an dieser Stelle noch einmal anführe, aber insbesondere haben sich die Lockdowns sehr negativ auf die psychische Gesundheit unserer Mitmenschen ausgewirkt. Der eine oder andere kennt ganz sicher aus der Bekanntschaft, aus der Familie Menschen, die darunter sehr gelitten haben.

Wenn es an einer Stelle tatsächlich zu erheblich vielen Triagewellen gekommen ist, wo Menschen tatsächlich nach der Schwere ihrer Erkrankung ausgewählt werden mussten, um überhaupt noch behandelt zu werden, dann waren das oftmals die Kinder- und Jugendpsychiatrien, wo die Menschen extrem darunter gelitten haben, so eingeschränkt zu werden. Wenn, wann nicht jetzt, ist wirklich der Zeitpunkt gekommen, wo wir ein extremes Spotlight auch noch einmal auf das Thema „seelische Gesundheit“ und in dem Zusammenhang natürlich auch auf Einsamkeit richten müssen?

Ein zweites spannendes Thema – das ist hier zweimal schon angeklungen – ist der etwas andere Aspekt, den Blick des Zusammenlebens – ganz konkret von Professor Bölting – darauf zu werfen, wie Städte auszusehen haben, wo vielleicht auch viel totes Gebiet zwischendrin herumliegt. So sehr ich ein Verfechter der Individualmobilität bin – aber unsere Straßen usw. sind nicht unbedingt Orte der Begegnung.

Da gibt es sicherlich viele spannende Konzepte für die Zukunft, wie man Städte und neue Viertel planen und bauen kann, damit sich dort Menschen mehr

begegnen können und miteinander in Kontakt kommen können.

Ein anderer Aspekt ist dann wiederum das Zusammenleben eher individueller Natur. Ich habe es gerade ausgeführt: Die meiste Zeit haben wir in Großfamilien oder mit mehreren Familien zusammengelebt. Die Art und Weise, wie wir heute leben, oftmals auf den Arbeitsmarkt fokussiert – man muss für einen guten Job umziehen, man muss sich von seiner Familie trennen, man lebt eher nicht mehr in dem Familienverbund mit verschiedenen Generationen zusammen –, führt dann doch zu Einsamkeitsmomenten. So haben wir es gesehen. Das trifft nicht nur den Rentner, dessen Kinder das Haus verlassen haben, der vielleicht kein Enkelkind hat und einsam ist, sondern oftmals auch die Studenten, die einen neuen Lebensabschnitt beginnen, in eine andere Stadt umziehen und aus ihrem Freundeskreis, aus ihren Kontaktgruppen herausgerissen wurden und dann neu anfangen müssen.

Ich denke, das muss uns zumindest zum Hinsehen animieren, denn der Mensch lebt eben in dieser industrialisierten Gesellschaft doch noch nicht so lange, als dass er sich gänzlich daran angepasst hätte, sodass wir auch da wiederum hinschauen müssen, wie wir das Zusammenleben von Menschen und die Beziehungen miteinander gestalten müssen, damit Menschen so leben können, wie es am Ende unsere Biologie und auch unsere Psyche vorschreiben.

Ein letzter Punkt: die Digitalisierung. Auch da gibt es viel Licht und Schatten. Das ist ganz spannend, weil Digitalisierung gerade im Lockdown oftmals das einzige Mittel war, womit man die Ferne zu anderen Menschen überbrücken konnte, das Zoom-Meeting. Aber auch da ist klar geworden: Das ersetzt eben nicht den direkten sozialen Kontakt. Man kann ein Go-to-Bier trinken. Das ersetzt nicht den Gang in die Kneipe mit den Freunden.

Das zeigt vielleicht, dass wir Digitalisierung auch ganz gezielt nutzen müssen, dass diese En-Passant-Digitalisierung, die einfach so passiert, wo sich niemand vernünftig Gedanken darüber macht, wie das auf die Menschen wirkt, was das mit der Psychologie der Menschen macht, auch dazu führen kann, dass Menschen immer weiter vereinsamen, sich beispielsweise in digitale Parallelrealitäten zurückziehen und dann quasi eine Ersatzsozialisierung erfahren bei Onlinespielen, die zum Beispiel dort gespielt werden, die für den einzelnen vielleicht tatsächlich sogar nützlich sein können, weil sie die einzige Form von Sozialkontakt sind. Aber das zeigt noch einmal, dass wir die Digitalisierung wirklich in den Blick nehmen müssen, um auch da gezielt die positiven Aspekte gegen Vereinsamung zu nutzen, um das vielleicht auch besser einsetzen zu können.

Ich darf mich an dieser Stelle noch einmal bedanken für die Arbeit, aber auch für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD, Karl Schultheis [SPD] und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache in Tagesordnungspunkt 5. Wir haben hier den Abschlussbericht der Enquetekommission „Einsamkeit“ miteinander debattiert. Mir bleibt am Ende dieser Debatte nur noch festzustellen, dass wir damit Drucksache 17/16750 zur Kenntnis genommen haben.

Das, was einige Rednerinnen und Redner getan haben, will ich auch noch mal im Namen des Präsidiums und des Hohen Hauses insgesamt tun, nämlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Enquetekommission, aber auch den Mitgliedern der Enquetekommission für die umfangreiche Arbeit herzlich zu danken. Hoffen wir gemeinsam, sorgen wir gemeinsam dafür, dass die einvernehmlichen Handlungsempfehlungen in der kommenden Legislaturperiode dann auch umgesetzt werden.

Wie mit den Sondervoten umgegangen wird, wird auch der kommende Landtag entscheiden. Ganz herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Damit rufe ich auf:

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15477

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und
Landesplanung
Drucksache 17/16794

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Für Sie alle gemeinsam eröffnet die Aussprache Herr Kollege Franken von der CDU-Fraktion.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das nordrhein-westfälische Mittelstandsförderungsgesetz hat sich in den letzten Jahren bewährt. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Durch das Gesetz konnten die Interessen des Mittelstandes mit dem Handeln der Politik und der Verwaltung noch enger und praxisnäher verzahnt werden.

Warum das für unser Bundesland in Gänze so wichtig ist, zeigt ein Blick auf die aktuellen Zahlen. Denn über 730.000 Mittelstandsunternehmen sind in unserem Bundesland angesiedelt. Das entspricht 99 % aller Unternehmen, und es sind rund 55 % aller Sozialversicherungspflichtigen, die in mittelständischen Unternehmen arbeiten.

Der Mittelstand ist also Quelle von Innovationen, von verantwortungsvollem Unternehmertum. Er bildet quasi das wirtschaftliche Rückgrat unseres Bundeslandes. So wird deutlich, dass Mittelständler für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen eine herausragende Bedeutung haben, die vielen KMUs bis hin zu den Hidden Champions in ländlichen Räumen genauso wie in den großen Städten. Der Mittelstand ist ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft und auch unserer gesamten Infrastruktur.

Seit Inkrafttreten wurde das Mittelstandsförderungsgesetz mehrmals einer Evaluation unterzogen. Zwar stimmt die Grundausrichtung des Gesetzes nach wie vor, jedoch sollte durch die nun vorgenommenen Änderungen auf die aktuellen Herausforderungen des Mittelstandes noch stärker eingegangen werden. Denn klar ist, dass mittelständische Unternehmen passgenaue und der Zeit angepasste Rahmenbedingungen benötigen, um erfolgreich zu sein. Deshalb hat sich die NRW-Koalition vorgenommen, das Mittelstandsförderungsgesetz und das Wirkungsfeld der Clearingstelle Mittelstand weiterzuentwickeln. Dadurch sollen zum Beispiel der Wettbewerb garantiert, bürokratische Hürden reduziert, Flexibilität erhalten und weitere Wachstumsimpulse gesetzt werden.

Kern der nun zu beratenden Novelle ist, dass die Clearingstelle Mittelstand eine entscheidende Kompetenzerweiterung erhält. Sie kann nun nicht mehr nur neue Gesetze und Verordnungsvorhaben beraten, sondern auch zeitlich befristet bestehende Gesetze überprüfen. Damit soll das Clearingverfahren weiter optimiert werden und auf zusätzliche Prüfungsgegenstände ausgeweitet werden. Hier soll mithilfe der Clearingverfahren zukünftig eine Entscheidung getroffen werden können, ob befristete Regelungen, zu denen bislang keine Clearingverfahren durchgeführt werden durften, ausgesetzt werden oder fortbestehen sollen.

Damit wird die faktische Funktion eines BürokratietüV im Grunde etabliert. Die Vorteile liegen auf der Hand. Wir sehen im Bürokratieabbau – das wissen Sie alle – eine Daueraufgabe und nicht nur den Gegenstand von Entfesselungsinitiativen. Das waren wichtige erste Schritte, und wir haben als NRW-Koalition gemeinsam mit der Landesregierung insgesamt acht Entfesselungspakete mit 150 Einzelmaßnahmen in den letzten Jahren umgesetzt. Dennoch haben wir natürlich nicht alle bürokratischen Hürden überwinden können. Faktisch werden nun